

Datum: 09. Januar 2004

Info Nr.: 083

Städte- und Gemeindebund zur Kreisreform:

## FDP gibt richtigen Anstoß

### Rasche Neugliederung für Erfolg der Verwaltungsreform wichtig

**Magdeburg.-** In der Diskussion um eine Kreisgebietsreform hat der Städte- und Gemeindebund die Position der FDP positiv aufgenommen. „Reinhard Lukowitz hat einen Schritt in die richtige Richtung unternommen, als er eine Neuordnung der Landkreise mit Blick auf eine Größenordnung von 300.000 Einwohner vorgeschlagen hat,“ meinte der Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Dr. Bernd Kregel, am Freitag in Magdeburg. „Die aktuelle Diskussion nähert sich den Positionen, die der Städte- und Gemeindebund schon in seinem Grundsatzpapier vom 8. Mai 2000 vertreten hat.“

Mit Blick auf eine bürgernahe Organisationsstruktur habe man sich bereits damals für eine Größenordnung von Landkreisen ausgesprochen, die staatliche Bündelungsbehörden und Planungsgemeinschaften weitgehend überflüssig macht. Die jetzt von der FDP vorgeschlagene Kreisgröße bedeute etwa 8 Landkreise und nähere sich damit sehr gut der Position des Städte- und Gemeindebundes an. Dass eine Kreisgebietsform notwendig ist, werde nun – so Kregel – wohl von niemandem mehr bestritten. Es gelte jetzt mutige Schritte einzuleiten, um die äußerst knappen Finanzen langfristig zu konsolidieren und möglichst

alle erstinstanzlichen Verfahren bei den Kommunen anzusiedeln. Das setze eine Neuorganisation der Kreisebene unter Beachtung wirtschaftlicher und verwaltungsökonomischer Grundsätze voraus.

Nach Kregels Auffassung kann die Verwaltungsreform in Sachsen-Anhalt allerdings nur dann mittelfristig erfolgreich sein, wenn die Termine nicht „auf die lange Bank“ geschoben werden. „Wir können es uns nicht leisten, die Neuorganisation der Verwaltungsgemeinschaften durch überholte Kreisgrenzen zu behindern und neue Provisorien zu errichten,“ betonte Kregel. „Die Finanzen zwingen uns zu effektiven Strukturen, die rasch Konturen annehmen müssen.“ Die Dauerkrise der Finanzausstattung der Kommunen in Sachsen-Anhalt bedrohe zudem die kommunale Selbstverwaltung und erfordere beherrschtes Handeln.

Mit einer „gewissen Genugtuung“ stelle der Städte- und Gemeindebund heute fest, dass seine bereits im Jahr 2000 entwickelten Grundsätze aktueller denn je seien. „Schon damals haben wir vor allem die Entwicklung des Landes und seiner Kommunen in den Mittelpunkt unserer Aussagen gestellt,“ hob Kregel hervor.